

Ist die Sozialdemokratie noch zu retten? : Der Linkskurs der SPS und die Wahlen 2003

Autor(en): **Cavalli, Franco**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **22 (2002)**

Heft 43

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652345>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ist die Sozialdemokratie noch zu retten?

Der Linkskurs der SPS und die Wahlen 2003

Es braucht endlich wieder eine Debatte über die soziale Orientierung der Sozialdemokratie.

Paul Rechsteiner, PD 2000

Zweifelsohne ist die Hochblüte des Neoliberalismus vorbei und wir müssen feststellen, dass es derzeit an einer klaren linken und gemeinsamen Alternative fehlt. Trotz gelegentlicher Lichtblicke in einigen Ländern scheint die partei-politisch organisierte radikale Linke zersplittert zu sein. Die europäische Sozialdemokratie ihrerseits fällt durch eine Orientierungslosigkeit auf.¹ Diese Orientierungskrise wurde kurzfristig mit dem strategisch sehr dürftigen, aber einflussreichen „Blair/Schröder-Papier“ überspielt. Während die NZZ den „Dritten Weg“ wie Schnee an der Sonne schmelzen sieht², entdecken plötzlich linksliberale Medien, die jahrelang nach der „Neuen Mitte“ gerufen haben, dass dieser Weg ein Bruch mit den lohnabhängigen Schichten war und zugleich auch eine Stärkung des Rechtspopulismus zur Folge hatte.³ Besucht man irgendeinen sozialdemokratischen Kongress in Westeuropa, wird einem schnell klar, warum diese Parteien einen beträchtlichen Teil ihrer Stammwählerschaft verloren haben. Tatsächlich dominieren dort Funktionäre und Repräsentanten jener Yuppie-Technokraten, die an eine „humanitäre Variante des Kapitalismus“ glauben. Es war vor allem diese soziale Umschichtung der sozialdemokratischen Führungskader, die zur Politik der „Neuen Mitte“ bzw. zum Verlust beträchtlicher Teile der Lohnabhängigen führte – auch in der SPS. Warum hätten zum Beispiel linke Protestwähler im Tessin nicht in Scharen zu Bignasca's Lega laufen sollen, wenn der SP-Regierungsrat und Parteivordenker Pietro Martinelli lange Zeit als zentrale Wahlidee an der Verteidigung der Staatsreformvorschläge festhielt, die die inzwischen verschwundene A. Andersen AG für die Tessiner Regierung produziert hatte?

„Orientierungskrise“ – der Richtungsstreit in der SPS

In den 90er Jahren profitierte die SPS sowohl von den selben objektiven Bedingungen, die fast überall in Europa sozialdemokratische Wahlsiege ermöglichten, wie auch von der taktischen Brillanz und vom Aktionismus ihres damaligen Parteipräsidenten Peter Bodenmann: Die Geprellten der neoliberalen Umstrukturierung sahen in den Sozialdemokraten das Bollwerk gegen einen weiteren Sozialabbau, die „dynamische Mitte“ liess sich vom Reformdrang des Parteipräsidenten mitreissen – was zum Wahlerfolg von 1995 führte. Wenig später wurde aber bereits der Beginn eines Richtungsstreites ersichtlich. Die simple Botschaft von Bodenmann („Wir

meistern den Strukturwandel zu Gunsten der Lohnabhängigen“) konnte nur in Ausnahmesituationen greifen. Im Normalfall setzt sich eben doch das „normale Kräfteverhältnis“ im schweizerischen Parteiensystem regelmässig durch, ganz klar im Interesse der Bürgerlichen. Nehmen wir zum Beispiel die PTT-Reform, damals als Paradefall der Reformfähigkeit der SPS gefeiert. Heute würde die SP-Mehrheit, vor allem nach dem erfolgreichen Nein zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) höchstwahrscheinlich die Holding-Lösung vorziehen, die damals verworfen wurde. Wenn wir heute nämlich eine Post haben, die von einem Börsengang schwärmt, und eine Swisscom, die keine auch noch so asoziale Restrukturierung verpasst, dann liegt es nicht nur daran, dass Bundesrat Moritz Leuenberger „ein Rechtsabweichler ist“, sondern viel eher an der Tatsache, dass in diesem Lande die Bürgerlichen immer noch das Sagen haben.

Es war zuerst der linke Flügel der SPS, vorwiegend in der Romandie, der sich gegen weitere Liberalisierungspläne im Service Public aufbäumte. Ihre Allianz mit den eher konservativen Genossen (Rudolf Strahm, Peter Vollmer et al.) sowie den Modernisierern (Regine Aeppli, Vreni Müller-Hemmi, et al.) führte 1997, nach der Demission von Peter Bodenmann, zur Wahl von Ursula Koch als Parteipräsidentin – gegen Andreas Hämmerle, der zum Bodenmann-Kreis gehörte. Die kurze Ära Koch wurde allerdings durch innerparteiliche persönliche Querelen und Blockierungen überschattet, weswegen keine richtige inhaltliche und programmatische Auseinandersetzung in Gang kommen konnte. Die jetzige Parteipräsidentin Christiane Brunner ist ihrerseits gegen jede Auseinandersetzung: einerseits weil Grundsatzzdebatten ihren Handlungsspielraum einengen könnten, andererseits weil sie sich fast ausschliesslich auf die parlamentarischen Sachgeschäfte konzentriert. Als langfristige Option ist bei ihr nur ein gewisser Annäherungskurs an den sozialliberalen Teil der FDP feststellbar. Hauptsorge von Brunner ist es, die eigene heterogene Partei zusammenzuhalten: so kann sie mal mit dem „Gurtenmanifest“ liebäugeln, das eine liberale und konsensorientierte Wertegemeinschaft von KonsumentInnen, Bankiers und Lohnabhängigen anvisiert, und dann wiederum das linksgewerkschaftliche Referendum gegen die Abschaffung des Funktionärsstatus unterstützen. Solche widersprüchliche Entscheide (z.B. für eine offizielle Delegation in Porto Alegre, die Mehrheit der Fraktion unterstützt aber den ultraliberalen Globalisierungsbericht von FDP-Bundesrat Pascal Couchepin im Parlament) sowie wechselnde Mehrheiten unter den verschiedenen Lagern in Partei und Fraktion lassen in der Öffentlichkeit den Eindruck einer gewissen Orientierungslosigkeit der SP-Führung entstehen.

Vereinfacht und ohne Berücksichtigung der sehr wohl existierenden Schattierungen in jedem Lager kann man zur Zeit drei Strömungen in der SPS unterscheiden. Einmal das rechtssozialdemokratische Lager, das u.a. in Simonetta Sommaruga und in Elmar Ledergerber seine Exponenten hat. Die SP des Kantons Zürich wollte sogar den Bezug auf den „demokratischen Sozialismus“ aus ihrem Parteiprogramm streichen⁴ und der Präsident der Stadtpartei Koni Loepfe fand, die von zwei nationalen Parteitag

einstimmig beschlossene Gesundheitsinitiative, die eine einkommensabhängige Prämienfinanzierung vorsieht, sei nicht weniger dumm als die von der SVP vorgesehene Volksinitiative, die ein Drei-Klassen-System für das Gesundheitswesen anstrebt. Dieses Lager geht wohl davon aus, dass der grosse Teil der SP-Wählerschaft bereit ist, sich je länger desto weniger an die Beschlüsse der Parteiorgane zu halten. Politisch-ethische Bedenken gegenüber der bereits tatkräftig praktizierten finanziellen Unterstützung der dominierenden Wirtschaftskreise bei wichtigen Abstimmungen (UBS im Falle der Militäreinsätze im Ausland, EconomieSuisse beim EMG-Gesetz usw.) scheinen in diesem Parteiflügel auch rapide abzunehmen.

Die zweite Strömung könnte vereinfachend als der „Ex-Bodenmann-Kreis“ bezeichnet werden (Werner Marti, Andrea Hämmerle, Hildegard Fässler, Susanne Leutenegger et al.). Im Gegensatz zum rechten Lager, das die sozialen Härten des Strukturwandels lediglich sozial etwas abfedern möchte, will diese Strömung ihn steuern und steht deshalb für eine offensive Service-public-Politik des Staates. Sie war beispielsweise entscheidend an der Festlegung der staatsinterventionistischen SP-Linie bei der vorläufigen Lösung der Swissair-Krise beteiligt.

Der linke Flügel der SPS ist besonders in der welchen Schweiz stark vertreten; Pierre Yves Maillard prägt dort den politischen Kurs. Seit kurzem erscheint mit „Pages de gauche“ eine kritische Monatszeitschrift, die die innerparteiliche Debatte wieder belebt. Dieser Flügel wird aber auch in der deutschen Schweiz von wichtigen ExponentInnen getragen; dazu gehören z.B. Christine Goll (Parteivizepräsidentin) und der SGB-Präsident Paul Rechsteiner, dessen Wahl zum Gewerkschaftspräsidenten das politische Kräfteverhältnis im linken Lager stärkte. Ihr Einfluss dürfte nach der Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes vom September 2002 noch zunehmen: Nachdem die Mehrheit der SP-Fraktion im Parlament letztlich doch noch für die Liberalisierung des Strommarktes gestimmt hatte, muss das Nein in der Volksabstimmung als ein sensationeller Erfolg für den Gewerkschaftsbund und den linken SP-Flügel gewertet werden, die das Referendum ergriffen hatten. Bereits im Vorfeld der Abstimmung hatte der SMUV-Vizepräsident André Daguët festgestellt: „Auf die SP ist kein Verlass. Die Gewerkschaften müssen das politische Heft selber in die Hand nehmen.“⁵

Nebenbei bemerkt: Auch in anderen westeuropäischen Ländern, so in Italien, Grossbritannien und Deutschland, ist eine Mobilisierung des gewerkschaftlichen Widerstandes gegen das Abdriften der Sozialdemokratie zur „neoliberalen“ Mitte im Gange.

Diese Flügelkämpfe in der SPS werden meiner Ansicht nach den Ausgang der Eidgenössischen Wahlen 2003 keineswegs negativ beeinflussen, im Gegenteil. Ich prognostiziere sogar Gewinne für die SP, zum einen wegen der offensichtlichen programmatischen Schwäche der bürgerlichen Parteien CVP und FDP; zum andern gibt es eine gewisse Verdrossenheit in der Bevölkerung, was den Rechtspopulismus der Blocher-SVP angeht, wenn gleich diese die Politikthemen Sicherheit und Asyl in menschenverachtender

Weise besetzt hält. Dennoch: Die SPS mit ihrer traditionellen Sozialkompetenz wird mit entscheidenden Wahlthemen punkten können: AHV-Revision, Rentenklau beim Pensionskassengesetz, Abstimmung über die Gesundheitsinitiative und die Revision des Krankenversicherungsgesetzes.

SPS auf Linkskurs?

Trotz eines möglichen Wahlerfolges im Jahr 2003 wird sich aber an der „Orientierungskrise“ nicht Entscheidendes ändern, die Flügelkämpfe werden weitergehen. Die nächste richtungsentscheidende Auseinandersetzung ist für die Wahl der neuen PräsidentIn 2004 vorprogrammiert. Sollte sich dabei wider Erwarten der blairistische Flügel durchsetzen, brechen für die SPS schwierige Zeiten an. Sogar eine Spaltung wie z.B. in Belgien kann dann nicht ausgeschlossen werden. Der linke Flügel muss sich deshalb für die bevorstehenden Auseinandersetzungen rechtzeitig vorbereiten; nötig ist eine intensive thematische Diskussion. Zu diesem Zweck möchte ich nur ganz cursorisch einige besonders wichtige Themen skizzieren, die Eckpunkte für eine thematische Diskussion markieren.

Erstens: Die SPS muss die Lohnabhängigen zurückgewinnen, die sie an die SVP verloren hat oder sich enttäuscht zurückgezogen haben. Das bedeutet, dass sie mit den Gewerkschaften zusammen eine offensive Vorwärtsstrategie der Lohnabhängigen entwerfen muss, da diese in den 90er Jahren etwa 10 Prozent ihrer Kaufkraft verloren haben. Dieser Verlust ist vor allem auf die steigenden Kopfprämien der Krankenversicherung zurückzuführen. Diese Vorwärtsstrategie darf nicht nur den direkten Lohn berücksichtigen, sondern muss auch den „indirekten Teil“ miteinbeziehen, der wegen der steigenden Ausgaben für die Mieten, die Gesundheit und für die Bildung immer wichtiger wird. Im linken Lager wurden Gesundheitspolitik und Bildungspolitik bis vor kurzem als der bevorzugte Tummelplatz „postmoderner, weicher Seelen“ angesehen. Es ist an der Zeit zu verstehen, dass diese Themen für die Umverteilungspolitik und daher auch für den Klassenkampf mindestens so wichtig sind wie Steuerfragen.

Zweitens: Die SPS muss von einer undifferenzierten Mittelschichtspolitik Abstand nehmen; dies setzt aber eine einigermaßen rationale sozio-ökonomische Analyse des Mittelstandes in der Schweiz voraus. Darunter gibt es nämlich Teile (z.B. die Gesundheitsberufe), die mehr und mehr deklassiert werden und andere, die sich in einer weniger kapital-konformen Gesellschaft besser entfalten könnten (z.B. technische Intelligenz in einer staatlich-geführten Pharmaindustrie). Diese Analyse könnte auch dazu dienlich sein, bei der Diskussion über „postmoderne Themen“ wieder etwas Dialektik ins Spiel zu bringen. Ist es aus einer Linksperspektive z.B. richtiger gegen die Gentechnologie als solche – oder gegen die Anwendung seitens der kapitalistisch geführten Pharmamonopole anzukämpfen? Oder anders gesagt: Muss man vor allem gegen die Forscher oder gegen die paar Mehrheitsaktionäre sein, die aus purer Gewinnsucht das Leben patentieren wollen?

Drittens: Die SPS muss eine radikale Reformpolitik entwerfen, die auch die Veränderung des sozio-politischen Kräfteverhältnisses als Ziel hat. Fragen, die heute als „heikel“ gelten, müssen also wieder angepackt werden: beispielsweise die Mitbestimmung bzw. die Rechte der Lohnabhängigen am Arbeitsplatz, die Verwaltung der Pensionskassengelder, ja sogar die Fusion zwischen AHV und Pensionskassen. Langfristig wird man auch der Frage nach Eigentums- und Besitzverhältnissen nicht mehr aus dem Wege gehen können. Und wenn z.B. jedes Jahr die Medikamentenkosten um 15 Prozent steigen und von einem immer grösseren Teil der Bevölkerung nicht mehr verkraftet werden können, ist es höchste Zeit sich zu überlegen, was man gegen diese Form der Ausbeutung tun kann.

Viertens: Man wird also wiederum über ein neues gesellschaftliches Projekt nachdenken müssen. Die Linke der SP in Frankreich hat dies in der jetzt dort laufenden Debatte nach der Wahlniederlage auf den Punkt gebracht: „Man kann nicht gleichzeitig zum Weltwirtschaftsforum nach Davos und zum Weltsozialforum nach Porto Alegre gehen“.⁶ Dies setzt aber eine Öffnung gegenüber den Kräften voraus, die links der SP politisieren: die globalisierungskritische Bewegung, Attac und die gewerkschaftliche Linke.

Fünftens: Jetzt wo die Schweiz endlich in der UNO ist, muss die SPS wieder aussenpolitisch aktiv werden. Die wurde lange Zeit vernachlässigt oder nur als Cocktaildiplomatie verstanden. Wir brauchen einen neuen Zusammenhang der linken SozialdemokratInnen in Europa, hier könnte eine linke SPS eine wichtige Rolle spielen. Ein erster Schritt wurde auf europäischer Ebene mit der „Sozialen Republik“ gemacht, der der „Oltener Kreis“ linker SozialdemokratInnen angehört. Die Soziale Republik will aus der EU einen demokratischen Bundesstaat machen, ohne wirtschaftlichen Stabilitätspakt und mit einem neu aufgebauten, kontinentalen staatlichen Service public.⁷ Dieser Zusammenhang linker SozialdemokratInnen ist umso dringender, als die Kriegspolitik wieder vorherrschend wird, nachdem die US-Regierung in ihrer neuen strategischen Sicherheitspolitik sich das Recht angemasst hat, weltweit präventive Kriege zu führen. Dass wir es mit einer neuen Form des Imperialismus zu tun haben, wird langsam sogar bürgerlichen Strategieforschern klar.⁸ Umso enttäuschender ist darob die Tatsache, dass Teile der sozialistischen Internationale (Blair, D'Alema, Peres u.a.) sich als Knechte dieser imperialen Politik haben einspannen lassen. Die Frage „Krieg oder Frieden“ wird beim dritten Treffen des Weltsozialforums in Porto Alegre (Januar 2003) das dominierende Thema sein.

Ist es vielleicht an der Zeit, daran zu denken, in Zimmerwald nochmals ein Treffen „linker SozialdemokratInnen“ zu organisieren?

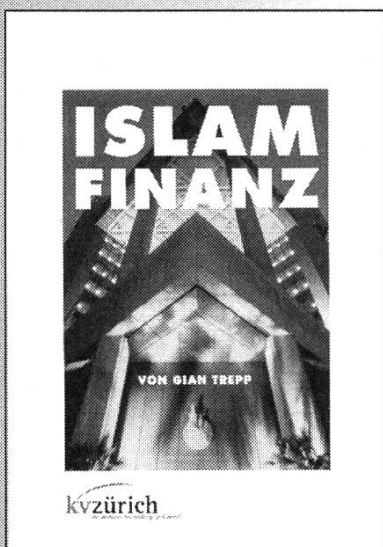
Anmerkungen

1 Vgl. G. Desportes, L. Mauduit: Un socialisme dénaturé. Grasset, Paris, 2002.

2 Vgl. „Langer Abschied vom Dritten Weg.“ NZZ 10./11. August 2002.

- 3 Vgl. „Eine neue Linke.“ H.G. Betz, TA 20. Juli 2002 und „Die Krise der Linken in Europa ist elementar.“ F. Walter, TA 29.7.2002.
- 4 Vgl. W. Spieler: Abschied vom demokratischen Sozialismus? Neue Wege, 5/2002, Zürich.
- 5 In: work v. 13. 9. 2002 – R. Castel, 2002: Die Metamorphose der sozialen Frage. Konstanz.
- 6 Vgl. P. Cherki: Sans fard ni faux-semblant. Le Monde, 4.7.2002.
- 7 Siehe: www.socialism.ch, www.gauche-socialiste.com
- 8 Vgl. A. Frachon et D. Vernet: L'école néo-impérialiste américaine. Le Monde 19.9.2002.)

Islam Finanz



Gian Trepps neue Publikation in der
Schriftenreihe des KV Zürich

70 Seiten, Fr. 30.– (Fr. 15.– für KV-Mitglieder)

Wie funktioniert das Finanzsystem nach
islamischen Grundsätzen? Wie geht der
Finanzplatz Schweiz mit dem islamischen
Kapital um? Verstricken sich die Schweizer
Banken aufs Neue?


Ihr Verband für Bildung und Beruf

**Bestellungen beim Kaufmännischen Verband Zürich
per Fax (01 221 09 13) oder E-Mail (info@kvz.ch)**